

V-6 Frühe Bildung stärken

Gremium: LAG-Bildung
Beschlussdatum: 17.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 **Frühe Bildung stärken**

2 Einleitung

3 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen ist gute frühkindliche Bildung ein
4 grundlegender Schlüssel
zu bildungsgerechtem, chancengleichem Aufwachsen und Leben in unserer Stadt.

5 Bildung erfolgt an vielen Orten: direkt in der Familie, durch das soziale Umfeld,
6 in der
7 Kindertagesbetreuung oder Kindertagesstätte (Kitas). Dass neben finanziellen,
8 sozialen und
9 gesundheitlichen Rahmenbedingungen qualitativ hochwertige öffentliche
10 Bildungsangebote für
11 die Entwicklung unserer Kinder zentral sind, zeigt sich nicht zuletzt im Bereich
12 der
13 sprachlichen Entwicklung. Nach Paragraph 55 Schulgesetz haben Kinder, die keine
14 Kita
15 besuchen, ein Recht auf Sprachtestung und bei Defiziten auf gezielte
16 Sprachförderung. Leider
haben wir hier ein großes Umsetzungsproblem. Nur grob die Hälfte der Kinder wird
überhaupt
getestet und bei Bedarf sind Kitaplätze rar. Der Zustand in den eigens
eingerrichteten
Sprachlerngruppen ist oft nicht kindgerecht. Nicht nur deswegen bleibt der
quantitative
Ausbau der Betreuungsplätze wichtig, reicht jedoch allein nicht aus: Obwohl der
Staat jedes
Jahr mehr für Kinderbetreuung ausgibt, zeigen die Einschulungsuntersuchungen in
unseren
Bezirken, dass es vielen Kinder vor Schuleintritt an Basiskompetenzen mangelt.

17 Um die Berliner Kitas im Sinne ihres frühkindlichen Bildungsauftrags zu stärken,

18 fordern wir
als Bündnis 90/Die Grünen:

19 1. den Fokus auf die Qualität ihrer Bildungsangebote sowie eine bessere
20 Vernetzung
frühkindlicher und schulischer Bildung zu legen,

21 2. eine verstärkte Sprachbildung, Anerkennung und Förderung von Mehrsprachigkeit
22 und der
23 Erstsprachen der Kinder sowie eine konsequente und kindgerechte Umsetzung von
Paragraph 55
SchulG,

24 **3. mehr Kitasozialarbeit und Verzahnung mit Unterstützungsangeboten für Familien,**

25 **4. einen niedrigschwelligen Zugang zu Kitaplätzen.**

26 Fokus auf Qualitätsdimensionen und -bedingungen

27 Um die **Wirksamkeit des Berliner Bildungsprogramms** zu erhöhen, wollen wir in
28 Zukunft prüfen,
29 ob das Berliner Bildungsprogramm im pädagogischen Konzept der jeweiligen
30 Kindertageseinrichtung nicht nur aufgenommen, sondern tatsächlich umgesetzt
31 wurde. Die
32 Prüfung soll anhand von zentral vorgegebenen aussagekräftigen Kriterien erfolgen,
wobei zu
beachten ist, dass es in den Einrichtungen individuelle Konzepte geben kann und
soll. **Die
Umsetzung des Bildungsprogramms soll Voraussetzung für die öffentliche Förderung
sein.**

33 Gelingen kann dies nur mit motivierten und qualifizierten Fachkräften. Wir haben
34 momentan
35 Fachkräfte im System, die dringend Fortbildungen benötigen. Dafür muss das Land
36 Berlin eine
37 **Qualifizierungsstrategie** entwickeln. Analog zu den Schulen benötigen wir in den
Kitas
multiprofessionelle Teams für eine qualifizierte Betreuung und Förderung, vor
38 allem in den
Kiezen mit besonderen Herausforderungen.

39 Verzahnung frühkindlicher und schulischer Bildung

40 Es wird Zeit, dass frühkindliche Bildung als elementarer Teil unseres
41 Bildungssystems
anerkannt wird.

42 Da sowohl im Schulgesetz als auch im Kindertagesstättenförderungsgesetz die
43 beiden
44 Bildungsinstitutionen Schule und Kita nicht systematisch als Institutionen eines
45 gemeinsamen
46 Bildungssystems in Beziehung gesetzt werden, sollen **in beiden Gesetzen beide
Bildungsinstitutionen als Teile unseres dreistufigen Bildungssystems (Elementar-,
Primar-
und Sekundarstufe)** genannt werden.

47 Wir möchten das Kindertagesstättenförderungsgesetz so ändern, dass **die**
48 **Vorbereitung auf die**
49 **nächsten Lebensabschnitte der Kinder, die Schule und später die Arbeitswelt,**
50 ausdrücklich
51 genannt wird. Dabei möchten wir betonen, dass es uns als Bündnis 90/Die Grünen
nicht um
bloße „Schulreadiness“ geht, sondern um die Stärkung der Kinder in allen im
Bildungsprogramm
genannten Kompetenzen.

52 Sprachbildung

53 Die Anwendung des Konzepts der Sprachbildung sollte sowohl hinsichtlich seiner
54 Wirksamkeit
als auch in Bezug auf den Umgang mit Mehrsprachigkeit wissenschaftlich evaluiert
werden.

55 Die **Ergebnisse der Sprachstandsfeststellungen in den Kitas** müssen bei den
56 betroffenen
57 Kindern wirksam werden. Für sie muss ein **Sprachförderplan** entwickelt und
58 umgesetzt werden.
59 Nach einem Jahr soll eine erneute Sprachstandsfeststellung erfolgen, um die
60 Entwicklung
beurteilen und die Förderung entsprechend anpassen zu können. **Die Kitas sind
personell so
aufzustellen, dass Kinder, die mindestens drei Jahre die Kita besucht haben, beim
Übergang in
die Schule eine altersgemäße Sprachentwicklung erreicht haben.**

61 Kinder ohne Kitaplatz bringen schlechtere Sprachkenntnisse, vor allem in
62 deutscher Sprache,
63 mit als Kinder, die vorher eine Kita besucht haben. Das bestätigen viele

64 Erhebungen. Dienach
§55 SchulG Pflicht zur Sprachstandsfeststellung und die evtl. notwendige
Förderung muss
endlich ohne Einschränkungen umgesetzt werden.

65 Die von der Schwarzroten Koalition beschlossene Reform, die Zahl der
66 Sprachförderstunden von
67 fünf auf sieben zu erhöhen, ist hierfür bei weitem nicht ausreichend und verdient
68 den Namen
„Kitachancenjahr“ nicht. Der Zeitpunkt der Sprachstandsfeststellung muss weiter
vorgezogen
und die Eltern besser aufgeklärt werden.

69 Migrant*innen-Communities sollen konzeptionell und praktisch an der
70 Sprachförderung in den
71 Kitas beteiligt werden. Vor allem braucht es für die Kinder mit
72 Sprachförderbedarf
ausreichend Kitaplätze mit zusätzlicher Sprachförderung, die die nicht
kindgerechten
Sprachfördergruppen, die aus Platzmangel entstanden sind, ersetzen.

73 **Förderung von Mehrsprachigkeit**

74 Zur Förderung der Mehrsprachigkeit möchte Bündnis 90/DIE GRÜNEN Berlin, dass die
75 Erstsprachen incl. der Gebärdensprache in allen Berliner Kitas systematisch
76 erfasst werden.

77 Es braucht Methoden zur systematischen Förderung der Erstsprachen, z.B.
78 Translanguaging,
79 sowie die Anwendung der Fördermethoden der Sprach-Kitas auch für die nicht-
80 deutschen

Erstsprachen in der Kita-Praxis. Wir möchten die Zahl echter bilingualer Kitas in
staatlicher Trägerschaft erweitern und dass die Sprachstandsfeststellungen auch
für die
nicht-deutschen Erstsprachen durchgeführt werden.

81 **Mehr Kitasozialarbeit und Verzahnung frühkindlicher Bildung mit** 82 **Unterstützungsangeboten für** **Familien**

83 Kita-Sozialarbeit und die Bündelung von familienunterstützenden Angeboten und
84 frühen Hilfen
85 an Kita-Standorten nutzt die Ressourcen der Sozialräume in unseren Kiezen und
86 fördert
Chancengerechtigkeit. Wir fordern daher einen weiteren zielgerichteten Ausbau der
Kita-

Sozialarbeit in den sozial herausfordernden Lagen und Kiezen der Stadt.

87 Die räumliche Bündelung von verschiedenen Unterstützungsangeboten, wie der
88 sozialen
89 Beratung, der Erziehungsberatung, Gesundheitsangeboten und Angeboten der frühen
90 Hilfen und
91 der Stadtteilmütter in der Nähe oder gekoppelt an Kita-Standorte baut dabei
Zugangshindernisse und Hemmschwellen ab und führt zu einer höheren Akzeptanz des
Tagesbetreuungsangebot.

92 **Niedrigschwellige Zugänglichkeit von Kitaplätzen**

93 Der quantitative Kitaplatzausbau der vergangenen Jahre ist eine wichtige
94 bildungs- und
95 familienpolitische Errungenschaft und sorgt zusammen mit der zurückgehenden
96 Geburtenrate in
97 manchen Bezirken für einen allmählichen Rückgang des Platzmangels. Die bleibenden
Engpässe
stellen Berliner Eltern jedoch nach wie vor tagtäglich vor Herausforderungen: Sie
klagen
über Ausfall, überlastete Fachkräfte und generell Schwierigkeiten, einen Platz zu
finden.

98 Um im Sinne des Kita-Entwicklungsplans einen **niedrigschwelligen Zugang** zu
99 Kitaplätzen zu
100 gewährleisten, müssen die bestehenden **Hürden bei der Suche nach einem Kitaplatz**
101 weiter
102 abgebaut werden. Dies gilt insbesondere für Familien in schwierigen Lagen. Die
103 Unterstützung
104 z.B. durch Stadtteilmütter, frühe Hilfen, den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
sowie
Angebote der Familienzentren und Familienservicebüros muss ausgebaut und besser
bekannt
gemacht werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Familien bei Bedarf
Unterstützung bei
der Antragstellung auch in ihrer Herkunftssprache erhalten.

105 Die **Vergabe von Kita-Gutscheinen** muss durch Entbürokratisierung und Digitalisierung
106 **vereinfacht werden**. Anders als der CDU-Senat wollen wir den Kita-Gutschein schon
107 zum ersten
108 Geburtstag automatisch allen Eltern zugehen lassen. Es muss sichergestellt
109 werden, dass
Familien mit einem Teilzeitgutschein gegenüber Familien mit einem
Vollzeitgutschein bei der
Kitaplatzsuche nicht benachteiligt werden.

110 Insbesondere in Bezirken in herausfordernden sozialen Lagen müssen zudem Plätze
111 weiter
112 ausgebaut werden. Es kann nicht sein, dass gerade in den Stadtteilen, in denen
113 die meisten
114 benachteiligten Eltern wohnen, die Kitaplätze am rarsten gesät sind. Nötig sind
weitere
Hilfen und spezielle Maßnahmen, um die Barrierefreiheit und die Verfügbarkeit von
Plätzen
für Kinder mit Behinderungen zu gewährleisten.

115 Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem vollendeten **ersten Lebensjahr** gilt
116 auch für
117 Kinder, die nicht im Sommer geboren sind, sondern z.B. ab Januar einen Platz
118 benötigen.
119 Dafür müssen die **einkalkulierten Vakanzen** so festgelegt und gegenfinanziert
werden, dass der
Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch bei unterjährigem Betreuungsbeginn
gewährleistet
ist.

120 ***Für uns ist daher klar: Die vorhandenen finanziellen Ressourcen müssen im System
bleiben.***